

WeWork stellt Insolvenzantrag, Kostenverteilung Asylpolitik, Deutschlandticket auch 2024

WeWork stellt Insolvenzantrag

Nicht ganz überraschende Neuigkeiten: Der Büroraum-Anbieter WeWork, der einst zu den wertvollsten Start-ups der Welt gehörte, hat einen Insolvenzantrag in den USA gestellt. WeWork will sich nur aufstellen und dabei unter anderem das Angebot an Büroflächen verkleinern. Geldgeber, die hinter rund 92 Prozent der Schulden von WeWork stehen, hätten dem Plan zugestimmt, so das Unternehmen in der Nacht zum Dienstag (07.11.2023). Zuletzt hielt der japanische Konzern Softbank von Milliardär Masayoshi Son 60 Prozent an WeWork. Neben dem US-Insolvenzantrag wurde auch einer in Kanada gestellt. Die Aktien des Bürovermieters wurden am Montag (06.11.2023) vom Handel ausgesetzt. Mehr dazu [hier](#). ([Manager Magazin](#))

Neue Kostenverteilung in Asylpolitik

Bund und Länder haben sich in einer nächtlichen Sitzung auf eine Verschärfung der Asylpolitik und einem Systemwechsel bei der Finanzierung der Kosten verständigt. Bei dem Treffen vereinbarten die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit Kanzler Olaf Scholz, dass sich der Bund künftig pro Asylbewerber mit einer jährlichen Summe von 7500 Euro an den Kosten von Ländern und Kommunen beteiligt. Weitere Finanzmittel sollen auch dadurch freigemacht werden, dass der Zeitraum, in dem Asylbewerber Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, von 18 auf 36 Monate

verdoppelt wird. Erst nach Ablauf dieser Zeit liegen die Sätze etwa auf Höhe des regulären Bürgergelds. Hintergrund der nun bei der Runde im Kanzleramt getroffenen Entscheidung sind steigende Zahlen von Schutzsuchenden. In den ersten neun Monaten 2023 beantragten rund 230.000 Menschen in Deutschland Asyl – mehr als im gesamten vergangenen Jahr. Weiteres dazu [hier](#). ([Spiegel Online](#))

Deutschlandticket auch 2024

Bund und Länder haben sich auf Schritte zu einer weiteren Finanzierung des Deutschlandtickets geeinigt. So sollen in diesem Jahr nicht verbrauchte Mittel 2024 zum Ausgleich finanzieller Nachteile durch das günstigere Ticket bei Verkehrsunternehmen eingesetzt werden können. Darauf verständigten sich Kanzler Olaf Scholz und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten am Montagabend (06.11.2023) in Berlin, wie die Deutsche Presse-Agentur aus Teilnehmerkreisen erfuhr. In den Blick rückt auch der Preis von bisher 49 Euro im Monat, der ausdrücklich als Einführungspreis gilt. Die Verkehrsminister sollen jetzt ein Konzept für die Umsetzung des Tickets 2024 erarbeiten. Bund und Länder betonten zudem, das Ticket weiterentwickeln, vereinfachen und digitaler machen zu wollen. Über den weiteren Preis ist man sich jedoch noch nicht einig. ([Der Tagesspiegel](#))